



Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2005	Ausgegeben zu Erfurt, den 31. Januar 2005	Nr. 1
	Inhalt	Seite
05.01.2005	Thüringer Verordnung über die Härtefallkommission	1
04.01.2005	Änderung des Beschlusses der Thüringer Landesregierung über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien nach Artikel 76 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen.....	2
12.01.2005	Thüringer Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Thüringer Regelsatzverordnung -ThürRSVO-)	3
13.12.2004	Thüringer Schulordnung für die Höhere Berufsfachschule - dreijährige Bildungsgänge - (ThürSOHBFS 3) ...	3
13.01.2005	Thüringer Verordnung über die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Dornburg-Camburg"	14

Thüringer Verordnung über die Härtefallkommission Vom 5. Januar 2005

Aufgrund des § 23a Abs. 2 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) verordnet die Landesregierung:

§ 1 Einrichtung

Bei dem für Ausländerrecht zuständigen Ministerium wird eine Härtefallkommission nach § 23a Abs. 1 AufenthG eingerichtet.

§ 2 Zusammensetzung

(1) Die Härtefallkommission besteht aus dem nicht stimmberechtigten Vorsitzenden und weiteren acht stimmberechtigten Mitgliedern. Sie setzt sich aus

1. dem Staatssekretär des für Ausländerrecht zuständigen Ministeriums (Vorsitzender),
2. dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses,
3. dem Ausländerbeauftragten beim Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit,
4. einem Vertreter der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen,
5. einem Vertreter der römisch-katholischen Kirche,
6. einem Vertreter der evangelisch-lutherischen Kirche,
7. einem Vertreter der Landesärztekammer,
8. einem Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen und
9. einem Vertreter des Thüringischen Landkreistags zusammen. Für jedes Mitglied ist zugleich ein Stellvertreter zu benennen. Stellvertreter des Vorsitzenden ist der für Ausländerrecht zuständige Abteilungsleiter im Ministerium, Stellvertreter des Vorsitzenden des Petitionsausschusses ist dessen Stellvertreter im Petitionsausschuss.

(2) Die in Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 bis 9 genannten Mitglieder der Härtefallkommission und die Stellvertreter der in Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 bis 9 genannten Mitglieder werden auf Vorschlag der sie entsendenden Institutionen durch den für Ausländerrecht zuständigen Minister für die Dauer von jeweils drei Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist zulässig.

(3) Die Tätigkeit der Mitglieder der Härtefallkommission erfolgt unentgeltlich. Eine Aufwandsentschädigung wird nicht gewährt.

(4) Die Härtefallkommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 3 Geschäftsstelle

Bei dem für Ausländerrecht zuständigen Ministerium wird eine Geschäftsstelle eingerichtet. Sie bereitet die Beratungen und Beschlussfassungen der Härtefallkommission vor; dazu kann sie die Ausländerakten beziehen. Darüber hinaus erstellt sie die Beschlussniederschriften und unterrichtet die beteiligten Stellen.

§ 4 Antragsverfahren

Die Härtefallkommission berät und entscheidet über Einzelfälle ausschließlich auf Antrag eines ihrer Mitglieder. Im Antrag sind alle besonderen persönlichen Lebensumstände und sonstige Gesichtspunkte darzulegen, die die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen rechtfertigen könnten. Dem Antrag muss eine Vollmacht des betroffenen Ausländers beigelegt sein, aus der sich sein Einverständnis mit einer Beratung des Falls durch die Härtefallkommission ergibt.

§ 5 Ausschlussgründe

Ausgeschlossen ist der Antrag für eine Person,

1. die sich nicht in der Bundesrepublik Deutschland aufhält,
2. für die keine Ausländerbehörde in Thüringen zuständig ist,
3. die nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist,
4. für die ausschließlich Gründe vorgetragen werden, die im Rahmen eines Asylverfahrens gewürdigt und im Sinne der §§ 4 und 42 des Asylverfahrensgesetzes in der Fassung vom 27. Juli 1993 (BGBl. I S. 1361) in der jeweils geltenden Fassung bindend festgestellt werden,
5. die nach den §§ 53, 54 und 55 Abs. 2 Nr. 1 oder 8 AufenthG ausgewiesen wurde,

6. die nach § 50 Abs. 7 AufenthG in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei zur Aufenthaltsermittlung und Festnahme ausgeschrieben wurde oder
7. deren Fall schon behandelt wurde, ohne dass sich der zugrunde liegende Sachverhalt nachträglich zu ihren Gunsten geändert hat.

§ 6

Beratung und Beschlussfassung

(1) Die Härtefallkommission wird bei Bedarf, in der Regel einmal im Monat, vom Vorsitzenden einberufen. Die Beratungen sind nicht öffentlich. Berichterstatter im jeweils zu beratenden Einzelfall ist das antragstellende Mitglied.

(2) Die Mitglieder der Härtefallkommission entscheiden unabhängig und frei von Weisungen. Sie sind verpflichtet, über personenbezogene Inhalte der Sitzungen und alle Angelegenheiten, die mit der Mitgliedschaft in der Härtefallkommission in Zusammenhang stehen, Verschwiegenheit zu wahren.

(3) Die Härtefallkommission trifft die Entscheidung über ein Härtefallersuchen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder; im Übrigen fasst sie ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Ist die Härtefallkommission der Auffassung, dass dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen, richtet sie ihr Härtefallersuchen an das für Ausländerrecht zuständige Ministerium. Das Härtefallersuchen ist zu begründen.

(4) Das für Ausländerrecht zuständige Ministerium unterrichtet die Härtefallkommission über seine Entscheidung.

§ 7

Verpflichtungserklärung

(1) Eine Verpflichtungserklärung nach § 23a Abs. 1 Satz 2 AufenthG kann von einer oder mehreren natürlichen oder juristischen Personen abgegeben werden. Sie muss sämtliche in § 68 Abs. 1 AufenthG genannten öffentlichen Leistungen umfassen.

(2) Der Verpflichtungsgeber muss geeignete und ausreichende Nachweise darüber erbringen, dass er die übernommene Verpflichtung aus eigenem Einkommen oder aus sonstigen eigenen Mitteln erfüllen kann.

§ 8

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 9

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und am 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Erfurt, den 5. Januar 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Innenminister

Dieter Althaus

Karl Heinz Gasser

Änderung des Beschlusses der Thüringer Landesregierung über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien nach Artikel 76 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen Vom 4. Januar 2005

Nummer 3 des Beschlusses der Thüringer Landesregierung über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien nach Artikel 76 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 19. Oktober 2004 (GVBl. S. 829) wird wie folgt geändert:

1. Ziffer 02 wird wie folgt geändert:

a) Der Abschnitt "Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei ist außerdem zuständig für" wird wie folgt geändert:

aa) Der 41. Absatz "Grundsatzfragen der Medienpolitik", der 42. Absatz "Rundfunk-, Presse- und Medienrecht" und der 43. Absatz "Angelegenheiten des Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) und der neuen Mediendienste" erhalten folgende Fassung:

"Medienpolitik, Medienrecht,

Angelegenheiten des Rundfunks, der Presse, des Films und der neuen Mediendienste,

Medienwirtschaft, Medienförderung,"

bb) Der 44. Absatz "Frequenzangelegenheiten des Rundfunks", der 45. Absatz "Digitalisierung des Rundfunks" und der 46. Absatz "kulturelle Angelegenheiten des Rundfunks und der Presse" werden aufgehoben.

b) In dem Abschnitt "Beteiligung oder Mitwirkung bei:" werden der 5. Absatz "Angelegenheiten der neuen Mediendienste, soweit diese auch Grundsatzfragen der Medienpolitik betreffen", der 6. Absatz "Angelegenheiten der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH, soweit diese auch Grundsatzfragen der Medienpolitik betreffen", der 7. Absatz "Angelegenheiten der Medienwirtschaftsförderung und des Medienwirtschaftsstandorts, soweit diese auch Grundsatzfragen der Medienpolitik